

---

**Für Sie in Berlin!**

**Markus Grübel MdB berichtet  
aus dem Deutschen Bundestag**



---

## **Themen der Woche**

---

- 1. Lehren von Silvester: Erleichterte Ausweisung krimineller Ausländer**
- 2. Ausweitung des VN-Mali-Einsatzes**
- 3. „Meister-BAföG“ soll attraktiver werden**
- 4. Kanzlerin besucht Verteidigungsausschuss**

### **1. Lehren von Silvester: Erleichterte Ausweisung krimineller Ausländer**

Meinen ersten Infobrief in diesem Jahr muss ich leider direkt mit einem Thema beginnen, das uns sicherlich alle gleichermaßen ärgert und entsetzt! Die sexuellen Übergriffe gegen Frauen durch junge arabische und nordafrikanische Männer in Köln sowie in weiteren Städten in Deutschland sind eine Schande für unser Land, auf die es nur eine harte Antwort geben kann! Es gibt keine Entschuldigung für diese furchtbaren Taten. Egal wer sie verübt hat, das Verhalten der Täter können wir nicht tolerieren und in unserem Land geht man so mit Frauen nicht um.

Mich ärgern nicht nur die Taten, sondern auch das Handeln der Polizei sowie die Berichterstattung der Medien. Ich bin gespannt, was im weiteren Laufe der Ermittlungen noch herauskommen wird.

Im Bundestag waren die Ereignisse der Silvesternacht das zentrale Thema! Bereits am Dienstag haben sich Bundesinnenminister de Maizière und Bundesjustizminister Maas auf einen gemeinsamen Vorschlag zur erleichterten Ausweisung von Straftätern verständigt. Diese Beschlüsse müssen nun zügig in Gesetze umgesetzt werden. Die Botschaft ist dabei klar: **Wer in unser Land kommt und bei uns eine schwere Straftat**

**begeht, verwirkt sein Gastrecht und muss das Land unverzüglich verlassen! Da darf es keine Ausnahmen geben.**

Die verschärften Regeln zielen darauf, dass zukünftig alle Freiheitsstrafen ein starkes Gewicht haben, wenn eine Abwägung zwischen Bleibe- und Ausweisungsinteresse erforderlich ist. Der gemeinsame Vorschlag der Minister sieht vor, dass jede verhängte Freiheitsstrafe zu einer Ausweisung von kriminell gewordenen Ausländern und Asylbewerbern führen kann. Dies gilt für alle Täter, die wegen gewalttätiger Angriffe auf das Leben einer Person, wegen Körperverletzung, Sexualdelikten, Angriffen auf Polizisten und wegen Serieneinbrüchen verurteilt wurden. Irrelevant ist dabei, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist oder ob es sich bei dem Täter um einen Heranwachsenden handelt.

Ein „**schwerwiegendes Ausweisungsinteresse**“ liegt zukünftig bereits dann vor, wenn ein Täter zu mindestens einem Jahr Freiheitsentzug verurteilt worden ist. Bislang lag die Hürde bei zwei oder mehr Jahren. Das rechtstreu Verhalten von Ausländern werden wir zukünftig stärker einfordern! Neben der Verschärfung bestehender Regeln soll auch im Aufenthaltsrecht stehen, dass sich Ausländer grundsätzlich rechtstreu zu verhalten haben. Gleichzeitig werden auch die Regelungen für Flüchtlinge verschärft. Eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr

Gefängnis soll dazu führen, dass die Anerkennung als Flüchtling verweigert wird!

Die geplanten Verschärfungen müssen zügig umgesetzt werden und vor allem erwarten wir, dass **alle Bundesländer** mitziehen, wenn es um den Vollzug bei der Abschiebung der Straftäter geht. Sollten sich bestimmte Staaten weigern, ihre straffällig gewordenen Staatsbürger zurückzunehmen, dann müsste das dringend in Gesprächen mit diesen Ländern geklärt werden. Was die Vorfälle der Silvesternacht betrifft, erwarte ich eine zügige und lückenlose Aufklärung der Taten! Ich erwarte außerdem, dass die Fakten ans Licht kommen und dass Vertuschungsversuche unterlassen werden. Dadurch würde die Verunsicherung in der Bevölkerung nur weiter zunehmen!

Auch muss sich die rot-grüne Landesregierung noch einige Fragen gefallen lassen. Die CDU Fraktion in Nordrhein-Westfalen hat nämlich schon lange vor den Vorkommnissen in Köln mehr Polizeikräfte sowie eine bessere Ausstattung der Sicherheitskräfte gefordert. Alle Anträge der CDU sind an den Stimmen der SPD und der Grünen im Landtag gescheitert.

## 2. Ausweitung des VN-Mali-Einsatzes

Gestern haben wir im Bundestag die „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)“ beschlossen. Zukünftig wird Deutschland die bisher von den Niederlanden gestellten Fähigkeiten ergänzen. Dazu zählen Führung, Führungsunterstützung, Sicherung und Schutz, Aufklärung, sanitätsdienstliche Versorgung, Lufttransport sowie Luftbetankung. Statt bisher 150 Soldaten sollen nun 650, also zusätzlich 500 Soldaten in der Krisenregion zur Überwachung der Einhaltung der Vereinbarung zur Waffenruhe und zur Vertrauensbildung eingesetzt werden dürfen. Wir müssen vor allem den Norden Malis stabilisieren.



Markus Grübel bei einem Besuch des Deutschen Einsatzkontingents in Mali (Quelle: Bundeswehr/Neumann)

## 3. „Meister-BAföG“ soll attraktiver werden

Neue Anreize zur Weiterbildung wollen wir durch Leistungsverbesserungen, die Erweiterung der Fördermöglichkeiten und durch strukturelle Modernisierungen im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), dem sogenannten „Meister-BAföG“, schaffen. Dazu legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor. Bisher konnten nur Handwerker und andere Fachkräfte gefördert werden. Jetzt sollen auch Bachelor-Absolventen einen Zugang zur AFBG-Förderung bekommen, wenn sie zusätzlich einen Meisterkurs oder eine vergleichbare Fortbildung machen wollen. Dadurch kann die Durchlässigkeit aus der akademischen Bildung in die berufliche Aufstiegsfortbildung ausgebaut werden!

## 4. Kanzlerin besucht Verteidigungsausschuss

Am Mittwoch nahm die Kanzlerin nach 10 Jahren erstmals wieder an einer Sitzung des Verteidigungsausschusses teil!



Deutscher Bundestag / Achim Melde

Von links: Markus Grübel, Dr. Christoph Heusgen (zuständig im Kanzleramt für Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik), Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Wolfgang Hellmich (Vorsitzender des VA)